

## **Die Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 von Peter Klotz**

Die von alliierten Siegermächten des 1. Weltkriegs im Versailler-Friedenvertrag verankerte Volksabstimmung in Oberschlesien war einer von mehreren negativen Punkten des Versailler Vertrages, die von der deutschen Bevölkerung nicht akzeptiert wurden und die letztlich den Weg für eine verhängnisvolle politische Entwicklung in Deutschland bereitet haben, der in den 2. Weltkrieg führte.

Wo lagen die Ursachen für dieses Plebiszit ? Wie konnte es zu den Gegensätzen in der oberschlesischen Bevölkerung kommen, in der über Jahrhunderte das deutsche und slawische Ethnikum friedlich miteinander ausgekommen waren ?

Mit der Eroberung Schlesiens durch die Preußen begann besonders in Oberschlesien ein Kapitel ungeschickter preußischer Einflußnahme.

Aus der preußischen Perspektive stellte die unter auch für damalige Verhältnisse katastrophalen sozialen Bedingungen lebende Bevölkerung Oberschlesiens, die zudem mehrheitlich katholisch war und den oberschlesischen Dialekt, das sogenannte Wasserpolnisch, sprach, einen Unsicherheitsfaktor dar. Die falsche Einschätzung der realen Stimmungslage in der Bevölkerung, die sich gegenüber dem preußischen Staat loyal verhielt, aber eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erhoffte, ist charakteristisch für die Distanz und das Unverständnis der preußischen Behörden ihren oberschlesischen Untertanen gegenüber.

Diese preußische Politik, Oberschlesien als ein Gestaltungsprojekt zu betrachten, wie auch der von Bismark angezettelte Kampf ( auch als "Kulturkampf" bezeichnet ) gegen die katholische Kirche, der 1871 und in den Folgejahren mit einem Maßnahmenpaket eingeleitet wurde, tat sein Übriges.

In den erzkatholischen Gebieten des Deutschen Reiches, wie im überwiegend von polnischer Bevölkerung besiedelten Posen, Westpreußen oder Oberschlesien, wirkten die drastischen Maßnahmen eher kontraproduktiv. Die verfolgten und eingesperrten Geistlichen wurden von der katholischen Bevölkerung als Märtyrer angesehen. Die Gläubigen und kirchentreuen Bürger rückten noch enger zusammen und bildeten eine massive Gegenbewegung.

Die spezielle soziale Situation in der Bevölkerung des oberschlesischen Industriereviers wurde von polnischer Seite als willkommener Anlaß genommen, separatistische Bestrebungen zu fördern.

Erste Bestrebungen eines polnischen Nationalismus, der auf eine Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich zielte, gab es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit wanderten über 70.000 Polen in das oberschlesische Industriegebiet ein, zumeist als billige Arbeitskräfte.

Nachdem die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien unter der Führung des jungen oberschlesischen Reichstagsabgeordneten Wojciech (Albert) Korfanty (1873–1939), einem begnadeten politischen Talent aus dem oberschlesischen Revier und glühenden polnischen Patrioten, Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte und unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg ein leichtes Absinken verzeichnen musste, eröffnete das Kriegsende 1918 den nationalpolnischen Hoffnungen in Oberschlesien neue, ungeahnte Möglichkeiten. In der Beurteilung der Lage in Oberschlesien waren sich Korfanty und der oberschlesische Zentrums Politiker Ulitza weitgehend einig. Das hauptsächliche Übel erblickten beide in Berlin, das heißt in der „Germanisierung“ und der "protestantischen „Fremdbestimmung“ und in der "sozialen Deklassierung" Oberschlesiens, die in den zurückliegenden Jahrzehnten von der Hauptstadt Preußens und Deutschlands ausgegangen war. Die separatistischen Bestrebungen in Oberschlesien haben ihre Ursache nicht nur in der polnischen Agitations- und Einmischungspolitik sondern auch zu einem nicht unerheblichen Teil in der Oberschlesienpolitik der Preußen, die Oberschlesien und die Oberschlesier mit ihrer ethnischen Vielfalt und ihrem Anderssein zu keiner Zeit richtig verstanden haben.

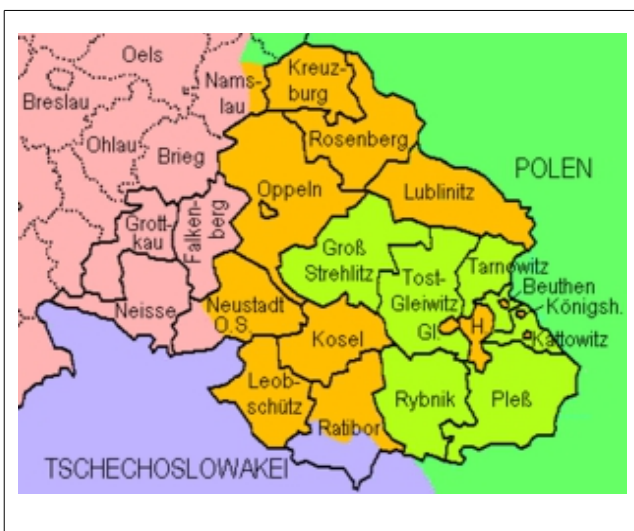
Die 1918 wieder erstandene polnische Republik erhob, unterstützt von den Siegermächten, Anspruch auf ganz Oberschlesien mit der Begründung, wer Polnisch seine Muttersprache nenne, sei auch Pole. Tatsächlich hatten bei einer von der preußischen Regierung vorgenommenen Volkszählung im Jahre 1910 knapp sechzig Prozent der Oberschlesier Polnisch als Mutter- beziehungsweise Umgangssprache angegeben, doch nur 11,1 Prozent der Wahlberechtigten hatten bei der Reichstagswahl von 1912 für die polnische Liste votiert. Die Briten setzten bei den Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der zweiten Fassung des Versailler Vertrages vor dem Hintergrund ihrer europäischen Gleichgewichtspolitik eine Volksabstimmung durch, nachdem die erste Fassung noch die vollständige Abtretung Oberschlesiens an Polen vorgesehen hatte. Das Abstimmungsgebiet und die Durchführung wurde in Artikel 88 des Versailler Vertrags festgelegt.

In der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 votierten 59,6 % der Wähler für den Verbleib bei Preußen beziehungsweise Deutschland und 40,4 % für eine Abtretung an Polen. Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses entschied die Botschafterkonferenz in Paris, Polen in gewisser Weise entgegen zu kommen und Oberschlesien längs der sogenannten Sforza-Linie zu teilen und Ostoberschlesien dem wiedergegründeten polnischen Staat anzugliedern.



**Abstimmung in Oberschlesien 1921:**  
**gelbgrün** = Kreis mit Stimmenmehrheit für Polen,  
**orange** = Kreis mit Stimmenmehrheit für Deutschland.

**grün** = Polen einschließlich von Deutschland ohne Volksabstimmung erhaltenem Gebiet,  
**lila** = Tschechoslowakei einschließlich von Deutschland erhaltenem Gebiet,  
**durchgezogen** = oberschlesische Kreise 1918,  
**gepunktet** = niederschlesische Kreise.



**Teilung Oberschlesiens 1922:**  
**gelbgrün** = aufgrund der Volksabstimmung an Polen,  
**orange** = damals bei Deutschland verblieben

Die Auseinandersetzung um Oberschlesien endete mit einer für Deutschland ungünstigen Teilung des Gebiets. Am 20. Oktober 1921 beschloss der Oberste Rat der Alliierten nach einer Empfehlung des Völkerbunds, das ostoberschlesische Industrieviertel entgegen dem Wunsch der Bevölkerung an Polen zu übertragen. Beim Deutschen Reich verblieb der zwar flächenmäßig größere, jedoch rein agrarisch strukturierte Teil des Abstimmungsgebiets. Die Abtretung Ostoberschlesiens, die in Deutschland Empörung und eine Welle nationaler Leidenschaft in allen politischen Parteien hervorrief, wurde staatsrechtlich mit dem deutsch-polnischen Abkommen am 15. Mai 1922 vollzogen.

Die neu geschaffene Wojwodschaft Śląsk erhielt einen Autonomiestatus innerhalb der Republik Polen. Symbolträchtige Institutionen waren der **Schlesische Sejm** und der **Schlesische Fiskus**, eine Art regionales Schatzministerium. Der Schlesische Sejm erhielt breitgefächerte **Kompetenzen in der Innenpolitik** und dem Alltag der Wojwodschaft, jedoch nicht in Außenangelegenheiten und Angelegenheiten des Militärs. Der Schlesische Sejm war zumindest formell mit ausgebauten gesetzgeberischen Kompetenzen ausgestattet.

### **Abstimmungsergebnisse im Kreis Kreuzburg:**

Der überwiegend evangelische Landkreis Kreuzburg, der erst seit 1820 zu Oberschlesien gehörte, hat mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland gestimmt. Von 39.627 abgegebenen Stimmen entfielen 37.975 Stimmen auf den Verbleib bei Deutschland ( 95,83 % ) und 1.652 Stimmen für Polen. Während in den Städten des Kreises Kreuzburg und in den meisten Dörfern die Stimmenanteile für Deutschland weit über 90 % lagen, gab es einige Wahlbezirke, die einen größeren Stimmenanteil für Polen aufwiesen.

Stobertal	73,15 %	Alt Tschapel
Birkdorf	64,29 %	bei Bankau gelegen
Klein Margsdorf	78,13 %	
Kuhnau	85,66 %	
Bienendorf	80,70 %	
Neudorf	86,87 %	
Nieder Kunzendorf	77,11 %	
Oberkunzendorf	86,58 %	
Wundschütz Gut	88,30 %	

Kuhnau, Bienendorf und Kunzendorf sind die ehemaligen Kreuzherrendörfer mit überwiegend katholischer Bevölkerung.

Die oberschlesische Teilung ist ein eklatantes Beispiel für eine verfehlte preußische Regierungspolitik, die es nicht verstanden hat, die soziale Frage in Oberschlesien zu lösen und den unterschiedlichen ethnischen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Dadurch wurde die Grundlage geschaffen, daß die Versprechungen Korfantys bei vielen Oberschlesiern auf offene Ohren treffen konnten.

Der Monat März war in anderer Hinsicht für Deutschland, die deutschen Ostgebiete und damit für Schlesien und letztlich für den Kreis Kreuzburg O/S ein Schicksalsmonat.

Anläßlich des Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes sagte Reichskanzler Adolf Hitler am 24. März 1933 in Berlin: "Gebt mir 10 Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen" . Diese Prophezeiung ist eingetreten, aber anders, als sie gedacht war.